**Erscheint täglich**
früh 6½ Uhr

**Redaction und Expedition**
Johannesgasse 8.

**Sprechstunden der Redaction**
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

**Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.**
In den Filialen für Inf.-Annahme:
**Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),**
Universitätsstraße 1,
**Louis Lösche,**
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Abonnementspreis**
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

**Inserate** 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

**Reclamen**
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

**№ 171.** Sonnabend den 20. Juni 1891. **85. Jahrgang.**

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 21. Juni,**
**Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Das 21. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 11. Juli ds. Js.** auf dem Rathhause zur Einsichnahme **öffentlich** aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1963. Gesetz, betreffend die Abänderung des §. 157 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes. Vom 8. Juni 1891.

Nr. 1964. Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887. Vom 8. Juni 1891.

Leipzig, den 15. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 1963. Dr. Georgi. Krambiegel.

### Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes Nr. 5551 unseres Bau-Archives die Fluchtlinien für die über einen Theil der Parcellen Nr. 315, 316, 319 und 320 des Flurbuches für Gohlis anzulegenden Straßen festzustellen.

Dieser Bebauungsplan liegt in unserer Tiefbau-Verwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 14, II. Stock) vier Wochen vom Ablaufe des Tages nach der Ausgabe der die Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlust schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, am 15. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ie. 3055/891. Dr. Georgi. Dr. Rebstock.

### Bekanntmachung.

Die geringe Benutzung des Berathungszimmers in Leipzig-Kleinzschocher veranlaßt uns, **dasselbe aufzuheben** und alle von Leipzig-Kleinzschocher zu stellenden Anträge auf Ertheilung des Bürgerrechts u. s. w. von Montag den 22. dss. Mts. ab nach dem Berathungszimmer im Rathhaus Plagwitz, I. Obergeschoß, zu verweisen.

Leipzig, den 18. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 2781. Dr. Georgi. Geißel.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Hermann Stief**
in Leipzig-Reudnitz-Seifhennersdorf, Konradstraße Nr. 23,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 18. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
X. 3915. Dr. Georgi. Rühl.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Josef Hesse,**
Harkortstraße Nr. 5,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 18. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
X. 3771. Dr. Georgi. Rühl.

### Gewölbe-Vermiethung.

Das in dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück **Magazingasse Nr. 27** gelegene **Verkaufsgewölbe** ist **vom 1. Juli d. J.** an gegen **einhalbjährige Kündigung oder fest bis zum 31. December 1894** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, wo über die Vermiethungsbedingungen und auch sonst Auskunft ertheilt wird.

Leipzig, den 18. Juni 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Ia. 2259. Dr. Georgi. Wagner.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten Juli, August und September 1890 versetzten oder erneuerten, aber nicht wieder eingelösten Pfänder sollen

**vom 3. August 1891 ab**

im Erdgeschosse des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Das Einlösen und Versetzen anderer Pfänder findet während der Auction von früh 8 bis Nachmittag 2 Uhr in den gewöhnlichen Räumen statt.

Leipzig, den 19. Juni 1891.

**Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.**
Esche.

### Tarif-Ermäßigung für Musterkoffer Deutscher Handlungs-Reisender in Oesterreich-Ungarn.

Laut einer Mittheilung des Reichsamts des Innern an das Präsidium des Deutschen Handelstags sind die Ausweise, deren deutsche Handlungsreisende bedürfen, um in Oesterreich-Ungarn der Tarif-Ermäßigung für Musterkoffer theilhaftig zu werden, nach dem dafür vorgesehenen Muster von denselben Behörden auszufertigen, denen nach dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn vom 23. Mai 1881 die Ausstellung der Gewerbe-Legitimationskarten für die Handlungsreisenden obliegt.

Leipzig, den 19. Juni 1891.

**Die Handelskammer.**
A. Thieme, Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

### Rathhausumbau zu Naunhof.

Hierdurch wird die Lieferung der **Blitzableiterarbeiten und elektrischen Klingelanlagen** ausgeschrieben.

Die in der Rathsexpedition zu einsehenden Kostenanschlagsformulare sind **bis zum 29. d. M. Mittags** mit entsprechender Aufschrift verschlossen anher einzureichen.

Freie Wahl unter sämmtlichen Bewerbern wird vorbehalten.

Naunhof, am 18. Juni 1891.

**Der Stadtgemeinderath.**
Benkert, Bürgermeister.

**Die Sparcasse der Gemeinde Möckern**
bei Leipzig verzinst die Einlagen vom **1. Juli 1891** an mit 3½% und expedirt
**Dienstag** und **Freitag**
(Fest- und Feiertage ausgenommen) **Nachmittags von 3—6 Uhr.**

## Zur inneren Lage.

Es ist eine sehr erfreuliche Thatsache, daß wir im Deutschen Reiche unzweifelhaft fortschreiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nicht minder wie auf denen der Privatthätigkeit. Man erörtert in einzelnen Kreisen mit großem Eifer die Frage, ob ein Nothstand besteht, oder wenigstens in gefahrdrohende Nähe gerückt ist. Das hat ungefähr dieselbe Bedeutung, als wenn Leute, die lange mit der Noth des Lebens zu kämpfen hatten, nachdem sie in bessere Verhältnisse gekommen sind, des neuen ungewohnten Zustandes noch nicht froh werden können und sich mit Grillen plagen, statt muthig und hoffnungsvoll der Zukunft entgegen zu blicken. Ein Nothstand, wie er in den Spalten der freisinnigen Blätter erscheint, hat immer bestanden, es hat stets Leute gegeben, die hungern und darben mußten, während andere im Ueberfluß schwelgten. Das ist aber kein Nothstand, es ist lediglich eine Folge der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen. Im vergangenen Winter wurden Massenversammlungen von Arbeitern ohne Arbeit abgehalten, welche ebenfalls das Bestehen eines Nothstandes feststellten und den Magistrat zur Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit aufforderten. Die Sache ist innerhalb der Stadtvertretung berathen worden, und man ist zu dem Ergebniß gekommen, daß der behauptete Nothstand nicht vorhanden sei. Die Zahl der Obdachlosen erreichte allerdings während der strengen Kälte zeitweise die Durchschnittszahl von 1500 für den Tag, welche Unterkunft während der Nacht suchten und fanden, aber diese Zahl ging über das Maß dessen nicht hinaus, was in Weltstädten bei solchen Anlässen zu geschehen pflegt. Der Winter ist vorüber gegangen, ohne daß irgend welche Besorgniß erregende Erscheinungen hervorgetreten wären, welche auf die Sicherheit, auf Ruhe und Ordnung einen fühlbaren Einfluß geübt hätten. Daß die Lebensmittelpreise hoch sind und höher, als sich mit den Einnahmen Vieler im Einklang bringen läßt, soll nicht bestritten werden, aber eine Lage, welche einer großen Zahl von Personen Entbehrungen auferlegt und ihnen Verlegenheiten bereitet, ist noch kein Nothstand, welcher das Einschreiten der Staatsregierung bedingt. Ebensowenig wie die Gewährung von besonderer Arbeitsgelegenheit im vergangenen Winter die bestehenden Schwierigkeiten vieler unbeschäftigter Arbeiter zu beseitigen vermochte, würde die zeitweise Suspendirung der Getreidezölle wesentlich auf die Höhe des Brodpreises einwirken. Das sind vorübergehende Zustände, welche sich unter geordneten staatlichen Verhältnissen ohne äußere Einwirkung regeln. Daß Frankreich den Getreidezoll herabsetzt, ist für Deutschland nicht maßgebend, wir wollen für die Zukunft sorgen, Frankreich beschränkt sich darauf, den Forderungen des Augenblicks zu genügen. Die Zollberathung im französischen Abgeordnetenhause nimmt einen glatteren Verlauf, wenn die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, dem Zolltarif, auf die Nebensache, nämlich die zeitweise Ermäßigung des Getreidezolles abgelenkt wird.

Für das Deutsche Reich fällt in erster Linie ins Gewicht, daß der Friede auf lange Zeit hinaus als gesichert erscheint. Die Bemühungen, den Dreibund zu sprengen, welche in neuester Zeit wieder mit besonderem Fleiße betrieben wurden, haben keinen Erfolg gehabt. Italien hat den Werth dieses Bundes in vollem Maße erkannt und gewußt, und das Ministerium Rudini hat sich so entschieden für die Fortsetzung der Bündnisse erklärt, daß an ihrer Erneuerung noch vor dem Ablauf der Frist nicht gezweifelt werden kann. Der Dreibund übt einen sehr fühlbaren Einfluß auch auf die inneren Verhältnisse Deutschlands aus, die Gesetzgebung wird dadurch gefördert und erleichtert. Wir haben in der verflossenen Reichstagssession keine größere Vorlage für Militairzwecke gehabt, die bestehenden Heeres-Einrichtungen erweisen sich als vorläufig dem Bedürfniß genügend, und es war dadurch die Möglichkeit geboten, den inneren Angelegenheiten eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das ist hauptsächlich durch die Abänderung der Gewerbeordnung geschehen, welche einen erweiterten Schutz für die industriellen Arbeiter bezweckt. Die öffentliche Meinung ist diesem Gesetze günstig, weil sie davon eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen erwartet, was auch von den Socialdemokraten anerkannt wird, obgleich sie das Gewährte nicht für genügend erklären. Dieser Standpunct kann nicht als der richtige gelten, weil es den Socialdemokraten vorwiegend um Agitationszwecke zu thun ist, wie ihr Widerstand gegen die Bestrafung des Contractbruchs und die Forderung bewiesen hat, daß Arbeitgeber, welche die Arbeiter wegen ihrer Parteistellung von der Arbeit ausschließen, bestraft werden sollen.

Die socialdemokratische Partei ist offenbar in einer Krisis begriffen, welche bestimmt erscheint, die weltstürmenden Pläne der Führer auf praktische Ziele einzuschränken, von der Socialisirung der Menschen abzusehen und dem staatlichen Leben nur diejenigen Veränderungen zu geben, welche von der veränderten Productionsweise geboten sind. Solcher Veränderungen sind seit dem 17. November 1881, dem Tage der berühmten Thronrede Kaiser Wilhelm's I., schon so viele und bahnbrechende zu verzeichnen, daß die Socialdemokraten mit dem Erreichten wohl zufrieden sein können. In den Zeitraum der letztverflossenen zehn Jahre drängen sich Reformen von so großer Bedeutung und Tragweite zusammen, daß auf liberaler Seite das Bedürfniß empfunden wird, eine Pause in der socialpolitischen Gesetzgebung eintreten zu lassen, damit der Staat nicht Verpflichtungen übernehme, welche seine Kräfte übersteigen. Auch der Staats-Socialismus hat seine Grenzen, wenn die Lebensbedingungen des Staates nicht dadurch in Frage gestellt werden sollen, so brennend auch die sociale Frage ist, so hat der Staat doch noch andere Aufgaben zu lösen, als die Existenz der industriellen Arbeiter und ihrer Familien sicher zu stellen. Der Schluß, welchen der socialdemokratische Abgeordnete von Vollmar aus der bisherigen Entwickelung der socialistischen Bewegung in Deutschland zieht, daß sich in der Weltanschauung eines Theiles der civilisirten Menschheit eine Revolution zu vollziehen beginnt, und daß er sich mit diesem vorläufigen Ergebniß zufrieden gestellt erklärt, gewährt uns einen Einblick in die Werkstatt der socialistischen Bewegung, welche weit davon entfernt ist, die weltstürzenden Pläne Liebknecht's als ausführbare anzusehen, sondern es dankbar hinnimmt, wenn Staat und Gesellschaft der zahlreichen Bevölkerung der Industrie-Arbeiter Schutz angedeihen lassen.

Die gesammte neueste Gesetzgebung in Preußen ist von dem Grundgedanken bestimmt, eine ausgleichende Gerechtigkeit der durch die Classen der Gesellschaft veranlaßten Verschiedenheit zu gewähren. Die Gleichheit der Lasten, der Rechte und Pflichten der Staatsbürger ist die einzige, welche annähernd erreicht werden kann, denn die vollkommene Gleichheit auch auf diesem Gebiete beruht auf Voraussetzungen, welche niemals zur That werden können. Die menschliche Entwickelung verfolgt das Ziel der Vervollkommnung unausgesetzt, das Streben in der Verfolgung dieses Zieles stößt aber auf so viele Schwierigkeiten, daß der Gang der Entwickelung sich dadurch, entgegen den Absichten der führenden Kräfte, verlangsamt. Wir haben in Deutschland einen Kaiser an der Spitze, der von den besten Absichten, von den heißesten Wünschen für das Wohl des Reiches beseelt ist. Aber welche Schwierigkeiten stellen sich der Ausführung dieser Absichten auf Schritt und Tritt entgegen? Es ist als ein ganz außergewöhnliches Ergebniß des Feuereifers unseres Kaisers anzusehen, daß alle die Vorlagen, welche dem Reichstage gemacht worden sind, zum Gesetz erhoben werden konnten, und die gleiche Frucht seiner Energie ist in Preußen zu Tage getreten. Wir kommen vorwärts auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und das Privatleben zieht davon ebenfalls große Vortheile — das ist das Gepräge unserer inneren Lage, und allem Anschein nach wird es sich je länger desto mehr zur Geltung bringen.

## Leipzig, 20. Juni.

* Von dem Feste auf der Pfaueninsel werden noch einige einzelne Vorgänge bekannt. Der Kaiser äußerte sich, nach der „Magdeb. Ztg.", mit großer Befriedigung darüber, daß sich der alte beklagenswerthe Hader der Fractionen in der laufenden Tagung kaum geltend gemacht und daß die Einmüthigkeit der Gesinnung erfreuliche und anerkennenswerthe Früchte gezeitigt habe. Bezüglich des Wildschadengesetzes betonte er wiederholt, von wie hohem Werthe es für ihn sei, daß das Herrenhaus sich den rechtschaffenen Bemühungen des Abgeordnetenhauses noch in später Stunde anschließe, um die großen Unbilligkeiten, die in der jetzigen Gesetzgebung zu Tage träten, zu beseitigen. Könnten die vorliegenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses auch nicht als solche angesehen werden, die einer heftigen Agitation ein Ende machten, so habe er doch die Ueberzeugung, daß in den weitaus größten Fällen den berechtigten Wünschen des Kleinbesitzes ganz wesentlich entgegengekommen würde, so daß nur in besonderen Ausnahmefällen der Landmann in die Gefahr käme, durch Wildschaden sich in seinen Interessen verletzt zu sehen. Der Kaiser schloß mit der Zuversicht, daß das Herrenhaus diesen günstigen Augenblick benutzen werde, um zu beweisen, daß, wenn es auch nicht aus Volkswahlen hervorgegangen sei, dennoch voll und ganz bereit sei, für die Interessen des Landes auch Opfer zu bringen. „Das Herrenhaus könne hier eine Art Verjüngungscur durchmachen." Mit dem Abgeordneten v. Below, dem der Kaiser als altem Husaren ein weitgehendes persönliches Wohlwollen entgegenbringt, und dem Grafen Douglas sprach er über seine Besitzung in Urville (Elsaß-Lothringen) und nahm mit Interesse davon Kenntniß, daß Herr v. Below nur durch Zwischenfälle verhindert gewesen sei, das Nachbargut Landonvillers zu ersteben. Er gab der Ueberzeugung kräftigen Ausdruck, wie dienlich und lohnend nach jeder Richtung es sein werde, wenn deutsche Männer auf dem Boden der Reichslande ein Heim für ihre jüngeren Söhne begründeten. Das Klima sei herrlich, die Bodenverhältnisse seien eigenartig und regten zur Arbeit an; die Bevölkerung sei liebenswürdig, so daß er sich freuen würde, zu hören, wenn mehr Ankäufe in Elsaß-Lothringen gemacht würden, namentlich wenn auch seitens der Mitglieder jener alten fränkischen und niedersächsischen Geschlechter, die seiner Zeit aus Deutschland in die baltischen Provinzen einwanderten, dort Boden gefaßt würde. Mit dem Abgeordneten Oetker unterhielt sich der Kaiser eine Viertelstunde über die Einwirkung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung auf die Socialdemokratie; er versprach sich großen Erfolg von dieser Gesetzgebung. Weiter verbreitete er sich über hessische Verhältnisse und stellte seinen Besuch in Kassel für dieses Jahr in Aussicht.

* Wie die „Köln. Ztg." mittheilt, hat Se. Majestät der Kaiser sein Bildniß (ein Kupferstich nach Lenbach) nicht nur dem Minister Herrfurth, sondern gleichzeitig auch dem Minister Dr. Miquel zustellen lassen und ihm in einem längeren eigenhändigen Briefe in warmen Worten seinen Dank für das Gelingen des ersten Schrittes der Steuerreform ausgesprochen.

* Vom „Militair-Wochenblatt" ist am Donnerstag eine Extraausgabe erschienen. Die an der Spitze desselben verfügte Commandirung des Generals à la suite des Kaisers, Generalmajors Grafen v. Wedel, zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt wird nach Mittheilungen aus der diplomatischen Welt auf eine bereits bestimmte hohe Stellung des Grafen im diplomatischen Dienste gedeutet. Selbstverständlich ist aber zunächst nur, daß Graf Wedel in der That für eine hohe Position, wie einen Botschafterposten ausersehen ist; über die specielle Bestimmung des Grafen ist aber Zuverlässiges bisher kaum zu sagen.

* Die bereits kurz erwähnte Auslassung des „Reichsanzeigers" über die Prüfung der Eisenbahnbrücken in Deutschland lautet:

Der Zusammensturz der Eisenbahnbrücke über die Birs im Zuge der schweizerischen Jurabahn ist geeignet, im Publicum Beunruhigung hervorzurufen. Mit Recht wird man die Frage aufwerfen, welche Maßnahmen für die deutschen Eisenbahnen getroffen sind, um solche Unglücksfälle thunlichst zu verhüten. Wir sind in der Lage, hierüber Folgendes mitzutheilen.

Da es an Erfahrungen über die Dauer eiserner Brückenbauwerke mangelt, so kann eine Gewißheit über die unverminderte Widerstandsfähigkeit derartiger Constructionen nur dadurch erlangt werden, daß dieselben regelmäßig wiederkehrenden Untersuchungen und hiermit zu verbindenden Probebelastungen unterworfen werden. Dabei kann es gleichgiltig sein, ob die Widerstandsfähigkeit der Construction mehr durch mechanische oder mehr durch chemische Einwirkungen ungünstig beeinflußt wird; immer wird sich aus den bei der Probebelastung beobachteten Durchbiegungen der einzelnen Träger ermitteln lassen, ob und in wie weit die Tragfähigkeit derselben, sowie der übrigen Constructionstheile etwa eine Einbuße erlitten hat.

Auf den deutschen Eisenbahnen werden deshalb auf Veranlassung des Reichs-Eisenbahnamts schon seit dem Jahre 1885 die größeren Brückenbauwerke, namentlich die eisernen Brücken, neben der alljährlich vorzunehmenden allgemeinen Prüfung des baulichen Zustandes der Eisenbahnen, in bestimmten Zeitabschnitten nach den vom Reichs-Eisenbahnamt vorgeschriebenen Bestimmungen einer sorgfältigen besonderen Untersuchung unterworfen, welche sich auf den betriebsfähigen Zustand sowohl des Mauerwerks als auch des eisernen Ueberbaues erstreckt. Bei den mit diesen Untersuchungen verbundenen Probebelastungen der eisernen Constructionen werden außer den Durchbiegungen der Träger bei ruhender und bei bewegter Last auch die unter der Einwirkung der Verkehrsbelastung etwa entstandenen, kleinenden Senkungen, sowie ferner bei Bauwerken mit größeren Lichtweiten die Seitenschwankungen festgestellt. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden nach vorgängiger Sichtung bei den betreffenden Verwaltungsbehörden im Reichs-Eisenbahnamt einer eingehenden Prüfung unterzogen. Wiederholt haben diese Prüfungen im Laufe der Zeit nicht allein zu Verstärkungen einzelner Theile, sondern auch zum Umbau ganzer Constructionen geführt. Auf den deutschen Eisenbahnen wird mithin den Brückenbauwerken diejenige Sorgfalt zugewendet, welche deren fortdauernde Betriebssicherheit nach Möglichkeit gewährleistet.

* Ueber die Handelsvertragsverhandlungen wird aus Berlin geschrieben: Von anderer Seite wurde neulich richtig gemeldet, daß zu Beginn der gegenwärtig in Wien stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit der Schweiz die Commissare der Eidgenossenschaft ungemein hohe und zum Theil ganz unerfüllbare Forderungen gestellt hätten und daß somit die Verhandlungen nicht so schnell verlaufen würden, als früher angenommen worden war; mit Rücksicht auf die bekannte Erfahrung, daß die verhandelnden Theile, um möglichst viel zu erreichen, auch möglichst hohe Preise zu stellen und im weiteren Fortgang der Sache sich einander mehr und mehr zu nähern pflegen, dürfe aber die Hoffnung auf Ueberwindung der ersten Schwierigkeiten und auf einen günstigen Ablauf nicht aufgegeben werden. Dies hat sich inzwischen, wie man in Berliner politischen Kreisen annimmt, bestätigt, und wenn auch den Unterhändlern noch einige schwere Wochen bevorstehen, so hat sich doch die anfängliche Differenz zwischen Angeboten und Forderungen schon wesentlich vermindert. Die Verhandlungen mit Italien sind für die Stadt Bern zu Ende Juli oder Anfang August in Aussicht genommen. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß bis dahin auf einen günstigen Abschluß der Verhandlungen mit der Schweiz gerechnet wird. Denn es soll von den geeinigten Gruppen immer nur mit einem Staate nach dem anderen, nicht mit mehreren zugleich — was auch zu einer unerwünschten Zersplitterung der verfügbaren commissarischen Kräfte führen müßte — verhandelt werden, und man würde keine schweizerische Stadt für die Verhandlungen mit Italien wählen, falls die Eidgenossenschaft der deutsch-österreichisch-ungarischen Einigung nicht beiträte. Eine Ausnahme von dem Plane, von Schritt zu Schritt vorzugehen, werden die Verhandlungen Oesterreich-Ungarns mit Serbien machen, die wahrscheinlich noch vor dem Ablaufe der schwebenden Verhandlungen beginnen werden. Im Uebrigen aber wird der Termin für weitere Verhandlungen, namentlich mit Belgien, von dem Gange der bereits eingeleiteten und der vorbereiteten abhängen."

* Die Agitation gegen die Getreidezölle will trotz der krampfhaftesten Anstrengungen der socialdemokratischen und deutschfreisinnigen Partei nicht recht in Fluß kommen, ja es ist bereits ein entschiedener Rückgang zu bemerken. Die in den Blättern dieser Parteien eigens eingerichteten Rubriken werden jeden Tag dürftiger. Was will es heißen, wenn auf Geheiß der Parteileitungen hier und dort eine Versammlung abgehalten wird und dieselben stets wiederkehrenden Resolutionen beschlossen werden! Dazu reicht die freisinnige und socialdemokratische Organisation noch gerade aus, aber von einer gewaltigen urwüchsigen Bewegung ist dies matglimmende, künstlich angefachte Feuerlein himmelweit entfernt. Die Agitation erzielt kaum größere Erfolge, als sie die ganzen langen Jahre, seit wir überhaupt Getreidezölle haben, zu bemerken waren. Sie wurde in Zeiten, wo sie noch weniger gerechtfertigt war als heute, so maßlos ab- und ausgenutzt, daß sie mehr und mehr ihre Wirkung einbüßt. In der vorigen Reichstagsperiode lagen unendlich mehr Petitionen für, als gegen Aufrechterhaltung der Getreidezölle vor. Herr von Bennigsen hat auf dem nationalliberalen Delegirtentag ohne Widerspruch darauf hingewiesen, daß der Kampf um den Schutz der landwirthschaftlichen Production mehr und mehr an Heftigkeit verloren habe, daß die Nothwendigkeit eines solchen Schutzes überwiegend anerkannt werde und daß es sich eigentlich nur noch um Maß, Umfang und Form dieses Schutzes handle, nicht um den Schutz selbst. Damit steht es in Uebereinstimmung, daß man den gegenwärtig geltenden Zoll für Getreide nicht gerade als einen für alle Ewigkeit unantastbaren Satz betrachtet, der das einzig richtige unabänderliche Maß jenes Schutzes darstellt, sondern daß Wandlungen eintreten können, welche eine mäßige Herabsetzung angezeigt erscheinen lassen, um damit anderweite Vortheile für das nationale Erwerbsleben und eine möglichst dauernde, gegen das beständige Rütteln befestigte Gestaltung dieser Verhältnisse zu erzielen. Dieser Entschluß wird allem Anschein nach im Zusammenhang mit den Handelsverträgen an uns herantreten. Auch den eifrigsten Befürwortern eines kräftigen landwirthschaftlichen Zollschutzes dürfte ein etwas ermäßigter, aber ungleich mehr befestigter und gesicherter Schutz bei ruhiger Ueberlegung werthvoller erscheinen als etwas höhere Zollsätze, die fortwährend der Agitation neue Nahrung geben und weit weniger Sicherheit für einen dauernden Bestand bieten. Die Regierung hat wiederholt mit größter Entschiedenheit die Unterstellung zurückgewiesen, als ob sie es je an dem nöthigen Ernst für den Schutz der landwirthschaftlichen Production fehlen lassen könne, und man hat keinerlei Ursache, ihr in dieser Hinsicht zu mißtrauen. Der Reichstag wird sich mit diesen Fragen im nächsten Herbst gründlich zu beschäftigen haben, wir glauben aber, daß die handels- und zollpolitischen Absichten der Regierung, soweit man jetzt schon zu einem Urtheil darüber befähigt ist, namentlich auch auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Gewerbes, sich im Einklang mit der Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter befinden werden.

* In Wilhelmshaven gilt die aus Rom und Triest kommende telegraphische Meldung von der Entsendung eines deutschen Geschwaders unter Prinz Heinrich zur Theilnahme an den österreichisch-italienischen Flottenmanövern als höchst unwahrscheinlich. Aus Wien wird über dieselbe Angelegenheit gemeldet: Alle Meldungen über eine abzuhaltende österreichisch-italienisch-deutsche Flottenrevue sind ganz unbegründet. Ebenso ist ein Einlaufen des deutschen Geschwaders in unsere Gewässer bisher nicht angekündigt.

* Aus Darmstadt wird geschrieben: In der dieser Tage dahier abgehaltenen Sitzung des Landesausschusses der